

Pressemitteilung

Merkel muss breite Unterstützung für Entwicklungspolitik nutzen

Berlin, 25. November. Der Deutschlanddirektor der entwicklungspolitischen Organisation ONE, Tobias Kahler, fordert Bundeskanzlerin Merkel auf, die breite politische Unterstützung für Entwicklungspolitik in den laufenden Haushaltsverhandlungen zu nutzen.

Deutschland hat sich im Rahmen der Europäischen Union verpflichtet, bis 2010 mindestens 0,51 Prozent seiner Wirtschaftsleistung in Entwicklung zu investieren. Angela Merkel hatte seit Beginn ihrer Amtszeit als Bundeskanzlerin 2005 die Einhaltung dieser Zusage wiederholt zugesichert (s. nächste Seite). Nach gegenwärtigen Berechnungen würde das eine Steigerung deutscher Entwicklungsgelder um 3,357 Milliarden Euro bedeuten.

„Über 120 Bundestagsabgeordnete aus allen Parteien unterstützen unsere Erklärung ‚Artikel ONE‘, die das 0,51-Ziel explizit fordert. Laut aktuellen Umfragen will die deutliche Mehrheit der Deutschen das Versprechen an die Ärmsten halten auch wenn dies geringfügige Mehrbelastungen mit sich brächte. Eine Milliarde Euro hatte die Koalition in wenigen Wochen für die deutschen Hoteliers parat. Die Umsetzung einer fast fünf Jahre alten Zusage für eines der drängendsten globalen Probleme sollte daher sowohl politisch durchsetzbar als auch finanziell machbar sein“, fordert Kahler.

1.230 Zeichen

ONE

ONE ist eine internationale Lobby- und Kampagnenorganisation, die sich gegenüber Regierungen mit der Unterstützung von weltweit über zwei Millionen Menschen im Kampf gegen extreme Armut und vermeidbare Krankheiten – insbesondere in Afrika – einsetzt. Mehr Informationen unter www.one.org.

Pressekontakt

ONE

Sergius Seebohm, Leiter Kommunikation

Reinhardtstraße 47

10117 Berlin

Telefon: 030-319 891 570

www.one.org

Angela Merkel sagte...

Bundeskanzlerin Angela Merkel hat die Zusagen an die ärmsten Menschen der Welt – gegeben auf dem G8-Gipfel von Gleneagles und im Rahmen des EU-Stufenplanes von 2005 – selbst nicht verhandelt. Sie hat sich jedoch während ihrer gesamten Amtszeit immer wieder dazu bekannt. Eine Auswahl:

Die Regierungserklärung von Bundeskanzlerin Angela Merkel, Deutscher Bundestag, 30. November 2005

Wir haben uns deshalb dazu verpflichtet, bis 2006 0,33 Prozent, bis 2010 mindestens 0,51 Prozent und bis 2015 die ODA-Quote von 0,7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für die öffentliche Entwicklungszusammenarbeit aufzubringen. Ich weiß, was ich da sage.

Interview mit Ulrich Deppendorf (ARD), Markus Förderl (n-tv), Peter Frey (ZDF) und Peter Limbourg (N24), 7. Juni 2007

Also, ohne Gleneagles würden wir zum Beispiel in der Bundesrepublik Deutschland nicht die größten Steigerungen in unseren Budgets haben bei der Entwicklungshilfe. Und wir fühlen uns und ich fühle mich den Zielen für 2010 verpflichtet. Da wird abgerechnet. Da sind sehr anspruchsvolle Ziele vereinbart worden. Aber das Thema Afrika steht hier ganz hoch auf der Tagesordnung.

Pressestatements von Bundeskanzlerin Angela Merkel, dem Premierminister des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland, Tony Blair, und dem Vorsitzenden des „African Progress Panel“, Kofi Annan, 24. April 2007

Es geht darum, dass die Ziele, die in Gleneagles genauso wie die Millenniumsziele gesetzt wurden, Ziele sind, die alle in die Zukunft reichen. Wir müssen also keine weiteren Konferenzen abhalten, um Ziele zu definieren. Ich glaube, für die wesentlichen Entwicklungsgrößen Afrikas sind die Ziele definiert. Jetzt geht es darum, die Zeit zu nutzen und auch die entsprechenden Schritte zu tun, um diese Ziele dann auch zu erfüllen. Das heißt, im Jahre 2010 und im Jahr 2015 werden wir immer wieder überprüfbar bestimmte Dinge erreicht haben müssen. Dazu muss man natürlich jetzt einen bestimmten Fortschritt machen. Ich unterstütze alle Ziele. Wir haben trotzdem Sorge dafür zu tragen, dass das nicht stagniert und wir dann irgendwann 2008 oder 2009 da stehen und sagen: Wir haben uns leider zu spät gekümmert.

Rede von Bundeskanzlerin Merkel anlässlich des Weltwirtschaftsforums in Davos, 30. Januar 2009

Wir dürfen die weltweite Armutsbekämpfung nicht aus dem Blick verlieren. Deutschland hat auch für das Haushaltsjahr 2009 – und das wird auch im Haushaltsjahr 2010 so sein – Steigerungsraten beträchtlicher Art bei den Ausgaben für Entwicklungshilfe. Entwicklungszusammenarbeit jetzt einzuschränken, würde nicht nur politische Instabilitäten bedeuten, sondern vor allen Dingen auch ein weiteres Auseinanderklaffen der Entwicklung in der Welt; gar nicht zu sprechen von den Enttäuschungen in den Ländern, denen wir mit unseren Millenniumszielen viele Versprechungen und Zusagen gemacht haben.

Rede bei der Kindernothilfe in Duisburg, 27. März 2009

Wir als Bundesregierung fühlen uns auch jetzt in der Krise und bei sinkenden Steuereinnahmen dazu verpflichtet, unsere Entwicklungsausgaben nicht zurückzufahren, sondern sie im Gegenteil zu erhöhen, weil das für die Menschen in den betreffenden Regionen ganz, ganz wichtig ist.